

Regionalpolitiker setzt auf Artenschutz

Heimsheim Joachim Pfeiffer (CDU) spricht mit Bürgermeister und Bürgerinitiative über mögliche Windräder. *Von Brunhilde Arnold*

Es ist wohl eher selten im Land, dass Bürgermeister, Gemeinderat und eine Bürgerinitiative sich gemeinsam für ein bestimmtes Ziel einsetzen“, sagte der Heimsheimer Bürgermeister Jürgen Troll und meinte damit den Kampf gegen mögliche Windenergieanlagen auf Weil der Städter Gemarkung, aber hart an der Grenze zu Heimsheim. So saßen denn nicht nur der Schultes, sondern auch eine Handvoll Vertreter von Pro Heimsheim mit am Tisch, als im Rathaus der Schleglerstadt eine als „Fachgespräch“ gekennzeichnete Runde mit drei CDU-Bundestagskandidaten zusammenkam – dem Enzkreis-Kandidaten Gunther Krichbaum, Marc Biadacz für den Kreis Böblingen und Joachim Pfeiffer aus dem Rems-Murr-Kreis. Letzterer ist gleich in zweifacher Hinsicht Adressat für das Thema Windenergie, nämlich als wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und als Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Regionalversammlung der Region Stuttgart.

Der Bürgermeister Jürgen Troll betont, dass man keine Diskussion um die Energie- oder die Windkraft an sich führen wolle. „Uns geht es nur darum, ob der Standort geeignet ist“, sagte er und kritisierte, dass die Kommune im Vorfeld des Entscheidungsprozesses von der Region Stuttgart nicht so eingebunden worden sei, wie man sich das gewünscht hätte. Noch stehe der Satzungsbeschluss zum Windvorranggebiet BB-02 – so die Bezeichnung für die Fläche im Merklinger Wald – aus, und man wisse auch nicht, wann der komme. „Erst der Beschluss bietet uns die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten und das wollen wir dann auch machen“, so Troll.

Heimsheim, das zur Region Nord-schwarzwald gehört, sei mit 5200 Einwohnern eine kleine Stadt. „Von den Windrädern wären alle Bürger mehr oder weniger gleich betroffen“, sagte Troll. Bekanntlich sollen die Anlagen in nur 800 Meter zur Be-

bauung errichtet werden. „Die Menschen haben Angst vor der Belästigung durch Lärm und vor dem Schatten, den die Windräder, die ja im Süden der Stadt errichtet werden sollen, auf den Ort werfen“, benennt der Bürgermeister die Befürchtungen der Bevölkerung. Auch gebe es Ängste bei den Hausbesitzern, ihre Immobilien könnten dadurch an Wert verlieren, so Troll. „Ich hätte mir vom Land gewünscht, dass die CDU bei den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen durchgesetzt hätte, dass ein größerer Mindestabstand zur Besiedlung vorgeschrieben worden wäre.“

Hausbesitzer befürchten, dass ihre Immobilie an Wert verlieren könnte.

Der Bundes- und Regionalpolitiker Joachim Pfeiffer bezeichnete es als „sehr ärgerlich“, dass es im Koalitionsvertrag im Land nicht gelungen sei, die von der CDU geforderten 1000 Meter Mindestabstand generell durchzusetzen. Auch sehe er keine bundespolitische Konstellation, die eine ländereinheitliche Regelung zu solchen Mindestabständen ermögliche. Allerdings habe für ihn Landschafts- und Menschenschutz schon Vorrang vor der Energiewende, fügte er hinzu. „Ich hoffe, dass Sie das gut nachbarschaftlich mit Weil der Stadt lösen können“, so der Abgeordnete im Regionalparlament und im Bundestag mit Blick auf das jüngst gemeinsam beauftragte Artenschutzgutachten von Heimsheim und Weil der Stadt. Der Kommune gehört der Merklinger Wald.

Rolf Hasenmaier von der Bürgerinitiative Pro Heimsheim veranschaulichte mit Fotomontagen, wie hoch die drei Windräder den Ort überragen würden. Die Stadt selbst liege auf etwa 400 Metern, der angelegte Standort im Merklinger Wald sei etwa 500 Meter hoch. Darauf sollten dann die gut 200 Meter langen Windräder errichtet werden. Auch die Menschen in Merklingen und selbst in Malmshausen und Renningen würden sie noch sehen. Außerdem müssten zum Errichten der Windkraftanlagen 30 000 Quadratmeter Wald gerodet werden, die nicht mehr komplett aufgeforstet werden könnten, sagte Hasenmaier.



Die Windräder sollen rund 200 Meter hoch werden.

Symbolfoto: dpa